

Zuwanderung aus Südosteuropa (EU)

von

Christian Specht

Dokument aus der Internetdokumentation
des Deutschen Präventionstages www.praeventionstag.de
Herausgegeben von Hans-Jürgen Kerner und Erich Marks im Auftrag der
Deutschen Stiftung für Verbrechensverhütung und Straffälligenhilfe (DVS)

Zur Zitation:

Christian Specht: Zuwanderung aus Südosteuropa (EU), in: Kerner, Hans-Jürgen u. Marks, Erich (Hrsg.), Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2015, www.praeventionstag.de/dokumentation.cms/3090

20. Deutscher Präventionstag

Zuwanderung aus Südosteuropa

Herausforderungen einer Kommunalen Ordnungs- u. Integrationspolitik

Erster Bürgermeister Christian Specht

Dezernat I

**Finanzen, Vermögen, Feuerwehr und
Katastrophenschutz, IT, Sicherheit und Ordnung**

Vorsitzender Planungsausschuss Verband Region Rhein Neckar

Vorsitzender des Zweckverbandes Verkehrsverbund Rhein Neckar

Frankfurt, den 08.06.2015



Mannheim – Zahlen, Daten, Fakten (Stand 31.12.2013)

- Einwohner 328.831 **Saldo 2014 + 1947 Personen** **Prognose 2033 +0,79%**
- 71.000 ausländische Mitbürger - 129.438 Migrationshintergrund – **Türk. Community 28.000**
- Fläche 144, 98 km² **50% Grünflächen** **Bevölkerungsdichte je km² 2.124**
- Kommune: 1597 Euro pro Kopf Verschuldung
- Wirtschaft: BIP 68.046 € (2012) **Exportanteil 65,6 %**
- Arbeit: Beschäftigte 174.861 **Arbeitslosenquote 6,4% (4,1% BW)**
- **Wohnungsmarkt – 2012 Leerstandsindex unter 2,2% – 1,1 %-punkte unter Bundesdurchschnitt**
- Lage: **Dreiländereck HE, RP und BW** - im Schnittpunkt von wichtigen **Verkehrswegen**
- ICE-Hauptknotenpunkt, zweitgrößter Güterbahnhof der Bundesrepublik
- Zweitgrößter Binnenhafen Deutschlands (zusammen mit Ludwigshafen)
- Erfinderstadt : Drais Lanz Schütte-Lanz Benz
- Hochschulstandort : 13 Hochschulen mit 28.000 Studierenden
- Stadtentwicklungschance Nr. 1 für Mannheim - Umwandlung us-militärischer Flächen
- **Aktuell große gesellschaftspolitische Herausforderung - Zuwanderung aus den EU2 Staaten**

Aktuelle Zuwanderung aus Südosteuropa – grundsätzliche Feststellungen

- **Armutsmigration aus Bulgarien und Rumänien wegen Perspektivlosigkeit in den Heimatländern – verstärkt durch übergroßes Gefälle bei den Sozialstandards**
- **Armutsmigration SOE betrifft in D ca. 20 Städte – Kommunikation auf die Ebene Land , Bund und EU-Politik ist nach ersten Erfolgen wieder Problematisch**
- **MA: Bewohner/innen (auch mit Migrationshintergrund) der besonders betroffenen Quartiere fühlen sich belästigt, beschwert, bedroht und im Stich gelassen.**
- **MA: 2014 zusätzliches Grundsicherungsvolumen (kommunaler Anteil) von 5-7 Mio € allein für Menschen aus SOE – Mittelkürzung im Bereich Integration der letzten Jahre wirken dramatisch**
- **MA:2014 annähernd gleichhoher Zuwachs bei der Grundsicherung aus anderen „notleidenden“ EU-Ländern (Italien Griechenland, Spanien, Portugal) – keine Wohnraumprobleme**

Bevölkerungsentwicklung:

Bulgarische und rumänische Bevölkerung in Mannheim 2001 bis 28.02.2015

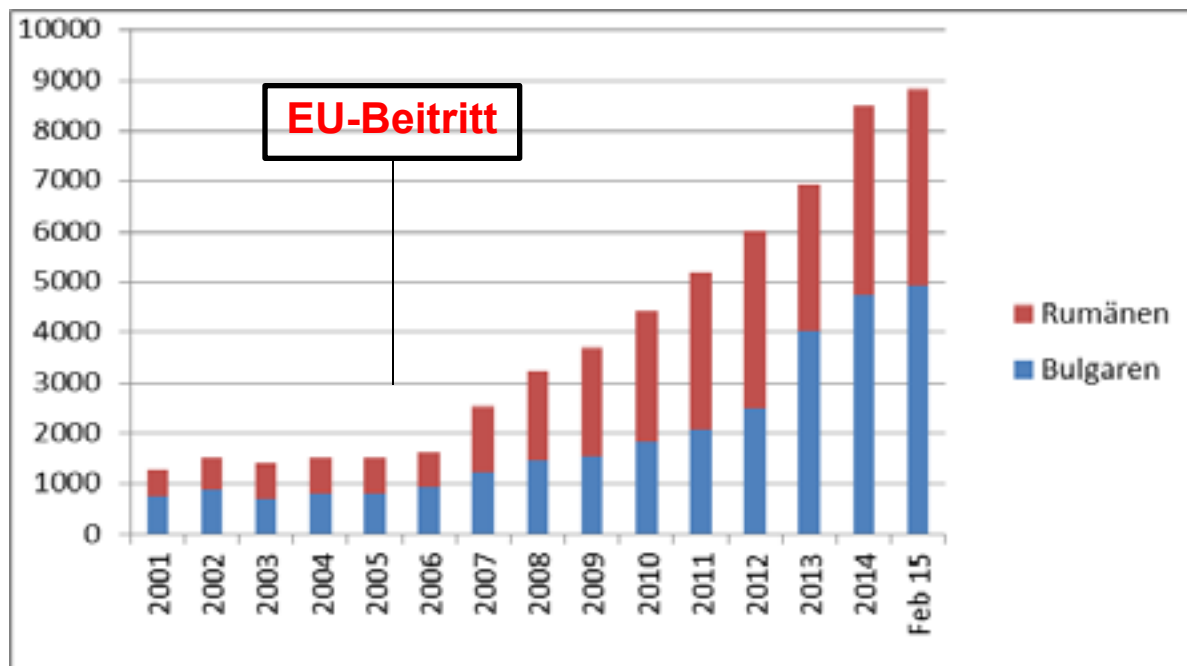
Dynamik:

Durchschnitt 2013: 120 pro
Monat

Durchschnitt 2014: 199 pro
Monat

2015:

Januar	276
Februar	214
März	187
April	194



Kommunale Kriminalprävention in Mannheim: AGSOE „Ordnungsrechtliche Maßnahmen“

Unmittelbare und mittelbare Auswirkungen

- Ordnungsverstöße Lärm, Müll, organisiertes Betteln, Falschparken ...
- Anstieg armutsbedingter Kriminalitätsformen (z.B. Prostitution, Betrugshandlungen, Ladendiebstahl)
- Ausbeutung /Wucher geg. unerfahrenen und in wirtschaftlicher Abhängigkeit gehaltenen Menschen
- Überproportionale Konzentration auf wenige selbst problembelastete Wohnquartiere
- **Mangels Wohnungsmarkt für diese Klientel häufig Zuzug in heruntergewirtschaftete Problemimmobilien**
- Scheinselbständigkeit als Mittel zur vermeintlichen Legalisierung des Aufenthaltes/Einkommens, und neu zum Unterlaufen der Mindestlöhne
 - Folgen: Schwarzarbeit , Steuerhinterziehung, Sozialabgabenbetrug, Sozialleistungs-betrug
- **Gefahr einer Parallelgesellschaft und rechtsfreier Räume begünstigt durch mangelnde deutsche Sprachkenntnisse**



Ziele der Stadt Mannheim

- Förderung der Integrationsfähigkeit für Integrationswillige
- Beendigung prekärer Wohnverhältnisse
 - z.B. Maßnahmen gegen konkrete Bau- und feuerpolizeirechtliche Gefahren
- Begrenzung des ungebremsten Zuzugs in belastete Stadtteile
 - Verteilung der Lasten
- Verminderung von Segregation und Parallelgesellschaft
- Interdisziplinärer Ansatz der Problembearbeitung
- Eindämmung negativer Wirkungen auf die Stadtgesellschaft
 - z.B. Bekämpfung ausbeuterischer Kriminalität
- Stärkung des Vertrauens in rechtsstaatliche Verfahren und Institutionen

Operative Maßnahmen zur Gefahrenabwehr

- Gründung der Unterarbeitsgruppe Problemimmobilien (PI)
- Schaffung von 6 Vollzeitstellen durch GR in 2012 (bis 2014) - derzeit in ausgeweiteter Form im Planstellenverfahren
- Durchführung einer Erstberatung nach Anmeldung in Mannheim durch Muttersprachler
- Besonderer Ermittlungsdienst zur Überprüfung aller Neuanmeldungen und zur Feststellung von Problemimmobilien durch Muttersprachler
 - Erkenntnisse über diese Ziele hinaus: Bildungsferne der Zuwanderer insbesondere aus Bulgarien - Bildungsniveau der Zuwanderer ist allerdings in 2014 deutlich gestiegen
 - Identifikation von Problemimmobilien
- Problemimmobilien seitens Feuerwehr grds. mit doppelter Einsatzstärke angefahren
 - Erkenntnis: Grundsätzliche Unklarheit wie viele Menschen wohnen in PI tatsächlich
 - Erkenntnis: Immer möglich überdurchschnittlich marode und gefährliche Bausubstanz

Fachbereich Sicherheit und Ordnung

Kommunale Kriminalprävention in Mannheim: AGSOE Ordnungrechtliche Maßnahmen

Ansatz kümmern von Anfang an.....

Besonderer Ermittlungsdienst Clearingstelle Gewerbebehörde Erstinstanz Meldebehörde

- Grundsätzlich **keine Anmeldung** (Aushändigung der Meldebescheinigung) in Mannheim aus EU2 Staaten **ohne muttersprachliches** (verpflichtendes) **Beratungsgespräch** - hier herrschenden Verhältnisse - geltenden Regeln - Übergabe einer mutterspr. Beratungsbroschüre
 - Ansatz - Informationshoheit der Stadt anstelle der Desinformation durch die „Strukturen“
 - Ansatz - Schutz vor Übervorteilung durch Geschäftemacher
- Grundsätzlich **keine Anmeldung** (Aushändigung der Meldebescheinigung) in Mannheim aus EU2-Staaten **ohne gestaffelten Hausbesuch** durch den Besonderen Ermittlungsdienst
 - Ansatz - Erkennen Problemimmobilien – obligat. Checkliste für Fachdienststellen
 - Ansatz – Verlässlichkeit Melderegister nicht zuletzt als Lieferant von komm. Planungsdaten
 - Ansatz – Festigung Erstkontakte – wir sind die Ansprechpartner nicht die Geschäftemacher
- Grundsätzlich **keine Gewerbeanmeldung** per sofortiger Aushändigung – **Postzustellung** – Rücklauf führt zur Abmeldung von Amts wegen
 - Ansatz – Verlässlichkeit Gewerberegister- Planungsdaten
 - Ansatz – Einbindung aller umliegenden Gewerbebehörden

Kernaufgabe Gefahrenabwehr Problemimmobilien (PI)

- Bisher wurden **ca. 120 mögliche und tatsächliche Problemimmobilien** in MA gelistet
- Urliste gespeist aus Kriminalitätsdaten und Meldedaten
- Aktuell sind alle als PI gelisteten Immobilien begangen und falls notwendig in der Bearbeitung durch die zuständigen Dienststellen der AGSOE
- Derzeit sind noch **ca. 40 PI** in unterschiedlichsten Verfahrensständen **„in Arbeit“** durch die Dienststellen der UAG PI – bisher fast 50.000 € an Zwangsgelder festgesetzt.
- **Entwicklung weg von den klassischen nahezu unbewohnbaren „Ekelimmobilien“ hin zu den hygienisch unbedenklicheren Brandfallen in Kellern, Garagen, stillgelegten Tante Emma Läden, Gewerbeobjekten etc.**
- Derzeit gehen in der **Woche 1-2 neue Meldungen** ein, die zu Objektkontrollen führen – **Daueraufgabe - Stellenerrichtungen**
- **Sonderaspekt:** Massive nachbarschaftliche, ordnungsrechtliche und hygienische Probleme bei bisher allen Unterbringungen durch die Behörde – Ansatz daher soweit irgend möglich Auflagen am Wohnort im Sofortvollzug

Struktur AGSOE TG „Ordnungsrechtliche Maßnahmen“ (städtischer Anteil):

- FB Sicherheit und Ordnung Lärm, Scheingewerbeanmeldungen, Infektionsschutz, Verfolgung von Regelverstößen (Ordnungswidrigkeiten) Koordination AGSOE
- Abfallwirtschaft Müllproblematik allg.
- Bürgerdienste Meldeverstöße, Zulassungsverstöße Kfz, Ausländerstelle
- Baurecht Bauprüfung, Stadtplanung
- FB Gesundheit Infektionsschutz, vorbeugender Gesundheitsschutz
- Feuerwehr Vorbeugender Brand- und Gefahrenschutz
- FB Soziale Sicherung Hilfebezugsberechtigung, Wohnung bei Räumung
- FB Jugend Maßnahmen zum Schutz des Kinder- und Jugendwohls
- Medienteam Öffentlichkeitsarbeit

Struktur AGSOE TG „Ordnungsrechtliche Maßnahmen“ (nichtstädtischer Anteil):

- Dienststellen der Polizei/PPMA: Sozialhilfebetrug, Prostitution, sonstige Kriminalität
Verkehrssicherheitsfragen ausl. KFZ
- BAO SOE**
- Polizeinahe Behörden: Sonderkriminalität
Zoll FKS Schwarzarbeit
Finanzamt (inkl. SteuFa) Steuer und (Sozial-)Abgabenhinterziehung
DRV (Deutsche Rentenversicherung) Sozialversicherungsabgaben, KV Beiträge
- Sonstige Dienststellen:
 - Familienkasse Leistungsgesetz Kindergeld
 - Arbeitsagentur Arbeitserlaubnisse (mehr als 1400 Arbeitserlaubnisse)
 - MVV Grundversorger Wasser, Strom und Gas
 - IHK Vertretung der Wirtschaft

Erkenntnisse nach 4 Jahren Arbeit an der Zuwanderungsproblematik

- Der Stadtgesellschaft steht inzwischen ein komplexes, in Teilen integrationsfeindliches, sozialschädliches bis kriminelles **Netzwerk gegenüber** bei dem viele Zuwanderer auf der Täter- und Opferseite gleichzeitig zu finden sind.
- Im Bereich des **Wohnens** existieren **konkrete vielschichtige polizeiliche Gefahren** auf die die Kommune – auch zur Vermeidung von „Beteiligungshandlungen“ - vorausschauend reagieren **muss**.
- Die **Aufgabe Zuwanderung** aus den EU 2-Ländern ist **auf Jahre** (im ordnungsrechtlichen Teil) **bis zu einer Generation** (im integrativen Teil) angelegt und kann nicht mehr „On Top“ erledigt werden.
- **Sprachzugang** ist der Schlüssel sowohl beim Aufbrechen der sich bildenden unerwünschten „Strukturen“ als auch im Bereich Integration.
- Der **Zugang zu den Migranten** muss sofort – bereits bei der **Anmeldung** – und in den **Wohnungen** selbst geschehen.
- **Irritationen bei Alt-Migranten** wg. der Aktivitäten bei den EU2-Zuwanderer muss entgegengewirkt werden